

Rückschrittliche Reformen

19. November 2013 | SVZ | Von: Martina Rathke

Die Kreisgebietsreform und die Schließung von Gerichten sind nach Auffassung des Greifswalder Wirtschaftsgeografen Prof. Dr. Helmut Klüter destruktiv und bewusst auf Rückschritt angelegt. "Beide Vorhaben zerstören gewachsene Strukturen und beruhen auf Bevölkerungsprognosen, die sich nicht bestätigt haben", sagte Klüter. Die Landesregierung hatte die umstrittenen Reformen mit dem Bevölkerungsverlust in den kommenden Jahrzehnten begründet. Das Land habe dabei wider besseres Wissen mit veralteten Daten argumentiert, sagte Klüter.

Der 4. Aktualisierten Landesprognose zufolge soll die Einwohnerzahl in Mecklenburg-Vorpommern bis 2030 auf rund 1,48 Millionen Einwohner sinken. Doch die tatsächlichen Zahlen wichen inzwischen deutlich von der Prognose ab, sagte Klüter. So sei in der Landesprognose für 2011 ein Wanderungsverlust von 6143 Menschen berechnet worden. "Der tatsächliche Wanderungsverlust betrug aber nur 1700 Menschen - eine Abweichung von 262 Prozent." **2012 sollte das Land laut Prognose in der Summe 6600 Menschen verlieren - das Minus habe jedoch nur 617 Einwohner betragen. "Das entspricht einer Abweichung von 970 Prozent."**

Nach Auffassung Klüters wäre es seriös gewesen, bei der für 2011 beschlossenen Kreisgebietsreform die Ergebnisse des in jenem Jahr durchgeführten Zensus abzuwarten und auf dessen Grundlage neu zu überlegen. Aber es sei einfacher, sich Rückentwicklung statt Fortschritt auf die politischen Fahnen zu schreiben, monierte Klüter.

"Das ist im Entwurf zum neuen Landesraumentwicklungsprogramm geschehen. An diesem Programm kann man gar nicht scheitern, weil darin Abwanderung, also Misserfolge und Rückschritte, von vornherein geplant sind." Bei seiner Prognose hat das Land sich laut Klüter auf Vorhersagen gestützt, die als Fortschreibungsbasis die völlig veralteten Volkszählungsergebnisse aus den Jahren 1987 für Westdeutschland und 1981 für Ostdeutschland genutzt hätten. Darauf aufbauend seien die Bevölkerungsverluste unmittelbar nach der Wiedervereinigung bis 2030 verlängert worden, sagte Klüter.

Besonders peinlich sei, dass das Land jene Prognose Ende Juni 2013 veröffentlicht habe - drei Wochen, nachdem bereits die aktuellen Zensuszahlen vorgelegen hätten. **Für das erste Halbjahr 2013 verzeichne das Statistische Amt Mecklenburg-Vorpommern zum ersten Mal seit langem mehr Zu- als Abwanderungen.**

Klüter fordert von der Landesregierung, bei politischen Entscheidungen und bei der dringend notwendigen Überarbeitung des Entwurfs zum Landesraumentwicklungsprogramm nicht nur auf eindimensionale Bevölkerungsprognosen zurückzugreifen. Eine solide Basis könnten nur Untersuchungen liefern, die neben der Bevölkerung auch die Wohnungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung betrachteten.

Die "Entmündigung ländlicher Räume" durch die Ausdünnung der Infrastruktur und Verwaltung in den vergangenen Jahren sei ein kapitaler Fehler gewesen, erklärte Klüter. **Notwendig sei eine "konstruktive Wachstumspolitik", die nicht noch mehr Menschen vertreibe.**